

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
3003 Bern

per Mail an:
konsultationen@bav.admin.ch

Bern, 30. März 2022

Gesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der SGB nimmt dazu im Folgenden gerne Stellung.

Mit Interesse haben wir den erläuternden Bericht sowie den Vorentwurf zur vorgeschlagenen Umsetzung des breit gefächerten und eindrücklichen Vorhabens der Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG) studiert und dessen Konzeption im Detail nachzuvollziehen versucht – insoweit dies für Nichtfachpersonen möglich ist.

Wir teilen die im erläuternden Bericht gemachte Analyse, dass dringender Handlungsbedarf besteht, eine verlässliche nationale Dateninfrastruktur im Mobilitätsbereich aufzubauen, welche die technischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür schafft, zuverlässige Informationen zu allen relevanten Aspekten der Mobilität zu sammeln, bereitzustellen und allen involvierten Parteien frei von kommerziellen Interessen zugänglich machen zu können. Es ist dies ein wesentliches Element des Aufbaus eines digitalen Service public im Mobilitätsbereich, welches aus den diversen im Bericht dargelegten Gründen nur vom Staat, beziehungsweise von der vorgeschlagenen neu zu schaffenden Mobilitätsdatenanstalt (MDA) bereitgestellt werden kann.

Die Ermöglichung einer verkehrsträgerübergreifenden Nutzung von Mobilitätsdaten vereinfacht die Vernetzung von Mobilitätsangeboten und stärkt damit die Effizienz des Gesamtverkehrssystems, was sowohl im Sinne der EndkundInnen als auch der Wirtschaft ist. Was wir in dieser Vorlage, beziehungsweise in den Ausführungen des erläuternden Berichts allerdings vermissen, ist eine stärkere Betonung der anderweitig definierten verkehrs- und klimapolitischen Zielsetzungen des Bundes. So wird als eines der Potenziale der MODI aufgeführt, die *"Stellung des öV [zu] sichern bzw. sogar [zu] stärken"*. Letzteres ist eine viel zu schwache Aussage angesichts der raumplanungs- und klimapolitisch nötigen massiven Verschiebung des Modalsplits weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr. Eine sehr deutliche Erhöhung des Modalsplits zugunsten des ÖV liegt so etwa allen relevanten Szenarien der "Verkehrsperspektiven 2050" zugrunde und die Arbeitshypothese der "Perspektive BAHN 2050" geht sogar von einer Verdoppelung des ÖV-Anteils bis im Jahr 2050 aus. Wir regen daher an, die politischen Zielsetzungen der Umsetzung der MODI über die allgemein aufgeführten Effizienz- und Vernetzungsaspekte hinaus zu schärfen und mit den anderweitig durch den Bund beschlossenen klima- und raumplanungspolitischen Zielsetzungen besser in Einklang zu bringen.

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und wünschen allen involvierten Stellen bereits jetzt einen langen Atem sowie eine gute Koordination bei der erfolgreichen Umsetzung dieses sehr ambitionierten und komplexen Projekts.

Beiliegend finden Sie zudem den ausgefüllten Fragebogen mit unseren Antworten zu den detaillierten Teilaspekten der MODI.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär

Beilage
Formular